

praktizierten Politik zugrunde liegt. Es läuft darauf hinaus, die Beschlüsse von Jalta und Potsdam zu annullieren, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu korrigieren und mit Atomwaffen im Griff dem westdeutschen Imperialismus die Hegemonie über Europa zu verschaffen. Mit der Annahme der Notstandsgesetze wurden die Gefahren, die von der Politik des westdeutschen Imperialismus für den Frieden und die europäische Sicherheit ausgehen, weiter erhöht.

Diese Notstandsgesetze sind, entgegen den Bonner Behauptungen, nicht „Gesetze, wie sie jeder normale Staat hat“. Es sind vielmehr die perfektionierten Diktaturgesetze des imperialistischen westdeutschen Staates, der von den gleichen Konzernen beherrscht wird, die Hitler zur Macht brachten. Es sind die Notstandsgesetze des westdeutschen Staates, der das Potsdamer Abkommen gebrochen hat und dessen neonazistische Partei bereits zehn Prozent der Wählerstimmen erreichte. Es sind die Notstandsgesetze eines Staates, der die Grenzen in Europa und die Existenz seines Nachbarstaates, der DDR, nicht anerkennt!

Mit Hilfe der Notstandsgesetze will die Regierung in Bonn die politischen und sozialen Widersprüche gewaltsam niederhalten und die Gesellschaft im Sinne der Herrschaft des Monopolkapitals manipulieren und formieren. Die Beseitigung auch der letzten bürgerlich-demokratischen Rechte für die westdeutsche Bevölkerung sowie der Vormarsch von Neonazismus und Militarismus stellen — wie die bitteren Erfahrungen zweier von den deutschen Imperialisten ausgelöster Weltkriege beweisen — keine innere Angelegenheit der Bundesrepublik dar. Die Regierung in Bonn bedroht den Frieden und die Sicherheit unseres europäischen Kontinents. Sie ist zum europäischen Störenfried geworden und verletzt tagtäglich das Völkerrecht. Sie vergewaltigt die Menschenrechte — und das ausgerechnet in dem von der UNO proklamierten Jahr der Menschenrechte! <sup>1</sup>

## I

Das Recht auf ein Leben in gesichertem Frieden, frei von Neonazismus und Militarismus, ist für die Bürger der westdeutschen Bundesrepublik von grundlegender Bedeutung, für jeden einzelnen und für seine Familie. Es ist die wichtigste Bedingung für ein Leben in Sicherheit und Wohlstand, für die Ausübung aller anderen Grund- und Menschenrechte.

Dieses elementare Grundrecht des Volkes ist entgegen den ursprünglichen westdeutschen Verfassungsgeboten und entgegen geltendem Völkerrecht, wie es auch im Potsdamer Abkommen niedergelegt ist, nicht verwirklicht. Dieses Grundrecht wird vielmehr durch die herrschenden Kreise der Bundesrepublik und ihre Politik ständig verletzt und vergewaltigt.

Die Regierung der Bundesrepublik verfolgt Kriegsziele. Ihre außenpolitische Doktrin besteht erklärtermaßen darin, den Status quo in Europa zu überwinden, die europäischen Grenzen auf den Stand der Grenzen des Hitlerreiches von 1937 zurückzuführen und dabei im Zuge der Alleinvertretungsanmaßung als erste Stufe gegen die DDR vorzugehen. Durch „Auflockerung“ und Selektierung der sozialistischen Staaten sowie die Verfügung oder Mitverfügung über Atomwaffen will der westdeutsche Imperialismus eine Korrektur der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges erreichen und seine Vorherrschaft über Europa errichten.

Diese expansionistische Zielsetzung ist in dem Buch von Franz-Josef Strauß „Entwurf für Europa“ schwarz auf weiß nachzulesen. Er proklamiert die

Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Imperialismus. 1411 mus. „Es ist“ — schreibt er — „eine sehr realistische Forderung, daß wir das